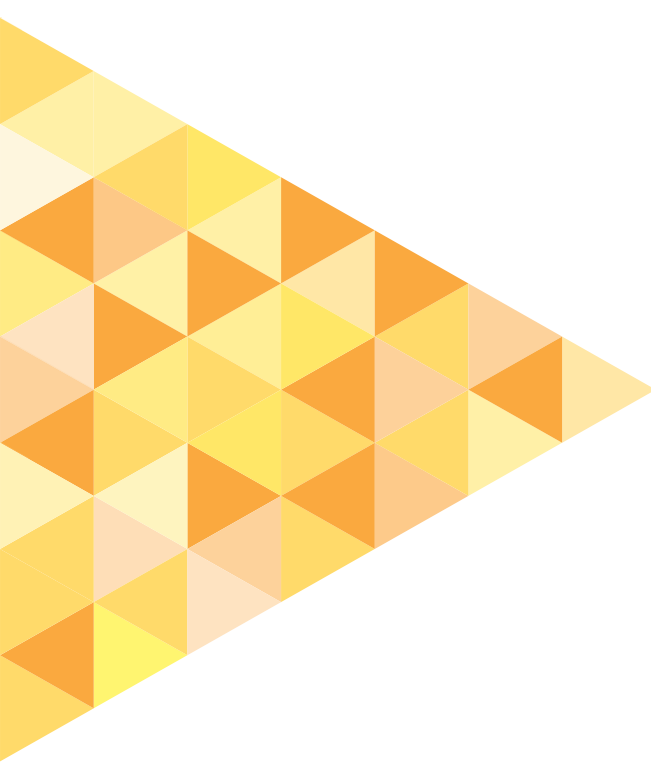


Dr. Bodo Rödel

Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025

Welche Aussagen machen die Wahlprogramme zum
Themenkomplex Berufsbildung?



VET | 0 | 1 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 |
REPOSITORY
| 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 |

Zitiervorschlag:
Rödel, Bodo: Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 :
Welche Aussagen machen die Wahlprogramme zum
Themenkomplex Berufsbildung?. Version 1.0 Bonn, 2025.
Online: https://res.bibb.de/vet-repository_783174.

© Bundesinstitut für Berufsbildung, 2025

Version 1.0
Januar 2025

Herausgeber

Bundesinstitut für Berufsbildung
Friedrich-Ebert-Allee 114-116
53113 Bonn
Internet: www.vet-repository.info
E-Mail: repository@bibb.de

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das BIBB
keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der
verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber
verantwortlich.



CC Lizenz

Der Inhalt dieses Werkes steht unter Creative-Commons-Lizenz
(Lizenztyp: Namensnennung - Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 4.0 International).

Weitere Informationen finden sie im Internet auf unserer
Creative-Commons-Infoseite

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Diese Netzpublikation wurde bei der Deutschen
Nationalbibliothek angemeldet und archiviert:

urn:nbn:de:0035-vetrepository-783174

Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025

Welche Aussagen machen die Wahlprogramme zum Themenkomplex Berufsbildung?

Dr. Bodo Rödel*

Abstract:

Am 23.02.2025 wird ein neuer Bundestag gewählt. Die Parteien haben Wahlprogramme veröffentlicht, in welchen sie ihre grundsätzlichen Positionen darstellen. In der Veröffentlichung werden die Ausführungen zum Thema „Berufsbildung“, „Weiterbildung“ und „Berufsorientierung“, die sich in den Wahlprogrammen finden, beschrieben.

* Dr. Bodo Rödel: Bundesinstitut für Berufsbildung

Inhalt

1. Einleitung.....	2
2. Analyse der Wahlprogramme	2
3. Fazit	6
4. Literaturverzeichnis.....	7

1. Einleitung

Am 23.02.2025 wird ein neuer Bundestag gewählt. Die Parteien haben Wahlprogramme veröffentlicht, in welchen sie ihre grundsätzlichen Positionen darstellen. Es liegt in der Natur der Sache, dass Positionen oder Strategien formuliert werden – wie diese erreicht werden sollen, ist den Wahlprogrammen i. d. R. nicht zu entnehmen.

Nachfolgend werden die Ausführungen zum Thema „Berufsbildung“, „Weiterbildung“ und „Berufsorientierung“, die sich in den Wahlprogrammen finden, beschrieben. Analysiert wurden die Wahlprogramme der im 20. Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen. Zum Teil (Stand 21.01.2024) liegen diese nur in Entwurfsfassungen vor.

Ausführliche Hinweise zu den Wahlprogrammen, Internetlinks, Zeitpläne für die Wahlprogramme und eine Übersicht zu den wichtigsten Punkten der Wahlprogramme finden sich auf der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (URL: <http://www.bundestagswahl-bw.de>).

2. Analyse der Wahlprogramme¹

Alternative für Deutschland (AfD)²

Im Kapitel „Zeit für Zusammenhalt“, im Abschnitt „Berufliche Bildung stärken: mehr Meister statt Master“, schreibt die AfD, dass „die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen (...) ein Erfolgsmodell (sei; BR).“ Allerdings gefährde „das Streben nach immer höheren Abiturientenquoten den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen.“ So könnten zahlreiche Lehrstellen „(...) aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden“ und „zu viele Lehrlinge (würden; BR) die Ausbildung abbrechen.“ Die AfD fordert, „die beruflichen Schulen (...) als tragende Säulen der beruflichen Bildung sowie des lebenslangen Lernens“ zu stärken und der „Wert der beruflichen Bildung“ sei stärker zu würdigen. Schließlich sollten „die Haupt- und Realschulen (...) durch Kooperationen mit Unternehmen sowie den Industrie- und Handwerkskammern attraktiver werden“ (AfD 2025, S. 79). Außerdem fordert die AfD, dass „BAföG-Empfängern (...) bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung nach erfolgreichem Abschluss erlassen werden“ (ebd., S. 73).

Bündnis 90/Die Grünen³

Im Kapitel 1 „In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch“, im Unterkapitel A. „Eine starke Wirtschaft für sichere Jobs“, im Abschnitt „Für mehr Arbeitskräfte und die gleichberechtigte Erwerbstätigkeit von Frauen“, stellt das Bündnis 90/Die Grünen fest, dass „Deutschland (...) 2,9 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss (habe; BR), während viele Ausbildungsplätze unbesetzt (blieben; BR).“ Man müsse daher „dazu beitragen, dass junge Menschen besser ihren Weg in den Beruf (fänden; BR) und die Attraktivität der beruflichen Ausbildung (sei zu; BR) erhöhen.“ Außerdem solle „mit Maßnahmen wie dem Qualifizierungsgeld (...) Menschen, die schon im Berufsleben sind und sich neu orientieren oder weiterqualifizieren möchten“ unterstützt werden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2025, S. 11). Im Abschnitt „Für die Stärkung von Mittelstand und Handwerk“ wird weiter ausgeführt, dass, „damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, (man; BR) auf branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung“ setze. Außerdem solle „der Meisterbrief (...) kostenlos werden“ (ebd., S. 14).

¹ In den Zitaten wurden alle Hervorhebungen getilgt.

² Das Wahlprogramm der AfD wurde am 11./12.01.2025 beschlossen, liegt aber Stand 21.01.2025 noch nicht final vor. Berücksichtigt wurde daher die Entwurfsfassung vom 28.11.2024

³ Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen wird voraussichtlich erst am 26.01.2025 final beschlossen. Für dieses Papier wurde daher die von Bündnis 90/Die Grünen veröffentlichte Entwurfsfassung berücksichtigt.

Im Kapitel 2 „Einfach dabei sein“, im Unterkapitel A. „Starke Teilhabe: Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, faire Löhne“, im Abschnitt „Für gute Arbeit und faire Löhne“, wird festgestellt, dass „alle Zugang zu guter Arbeit haben (sollten; BR): durch eine gute Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, durch bessere Integration in einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie durch Erleichterung der Arbeitsaufnahme bzw. Abbau von Arbeitsverboten“ (ebd. S. 32). Im Unterkapitel B. „Eine gute Bildung für gute Chancen“ wird im Abschnitt „Für eine gute Bildung, die allen offensteht“ ausgeführt, dass „unser Land (...) weitere energische Schritte für mehr Fachkräfte (brauche; BR) – in Industrie und Handwerk ebenso wie in Kitas, Schulen oder in der Pflege. Nur so (sei der; BR) notwendige Umbau der Wirtschaft und (der; BR) demografische Wandel (zu; BR) bewältigen.“ Es wird festgestellt, dass „Ausbildungsplätze (...) unbesetzt“ blieben. Im Kontrast dazu ständen „2,9 Millionen junge Menschen in Deutschland heute ohne Berufsabschluss da.“ Eine „gute Ausbildung (sei; BR) ein attraktives Versprechen für die berufliche Zukunft junger Menschen.“ Daher müssen „gute finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen für Auszubildende“ geschaffen werden. So könne „durch eine deutliche Anhebung der Mindestausbildungsvergütung (...) die Attraktivität der Ausbildung“ erhöht werden. Auch will man „für Azubis (...) den Führerscheinerwerb fördern und eine Lösung für ein Azubi-Deutschlandticket finden.“ Schließlich könne „mit einer solidarischen Ausbildungsumlage (...) für einen finanziellen Ausgleich (gesorgt werden; BR), um die Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe zu fördern.“ Des Weiteren soll „zur Unterstützung des Handwerks (...) die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung“ gefördert werden. „Ausbildungsverbünde“ seien zudem zu stärken, „um die Anzahl passender Stellen für Auszubildende und Betriebe zu erhöhen.“ Auch die „Berufsorientierung für junge Menschen“ solle verbessert werden, indem dort informiert werde, „wo junge Menschen sind, insbesondere an Schulen.“ Dies erfordere „die aktive Einbeziehung von Ausbildungsbetrieben und Hochschulen, Eltern sowie Vorbildern aus der beruflichen Bildung.“ Denn „mehr praxisnahe Angebote (könnten; BR) helfen, den Horizont für die Berufswahl zu weiten.“ Die „berufliche Ausbildung oder ein Studium“ würden „gleichwertig einen starken Weg in die berufliche Zukunft“ ebnen. Daher sollen nicht „finanzielle Gründe oder die soziale Herkunft darüber entscheiden, welcher der beiden Wege eingeschlagen“ werde. Daher müsse „das BAföG (...) existenzsichernd sein, auch bei steigenden Lebenshaltungskosten.“ Auch „für Berufstätige, die beispielsweise einen Meister machen wollen, (soll; BR) das Aufstiegs-BAföG reformiert (werden; BR)“ so werde der „Bezug in Teilzeit (und; BR) die Förderung gleichwertiger Fortbildungsabschlüsse sowie ein vollständig digitalisiertes Antragsverfahren“ umgesetzt. Schließlich solle „die allgemeine Weiterbildung als wichtige Säule des lebensbegleitenden Lernens weiter gestärkt“ werden (ebd. S. 36).

Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)

Im Kapitel 3 „Für eine gerechte Leistungsgesellschaft“ im Unterkapitel „Beste Bildung für alle, von der Küste bis zu den Alpen!“ steht, dass „(...) weiterführenden Schulen neben dem Erwerb solider Grundkenntnisse die individuellen Stärken ins Zentrum der Ausbildung rücken sollen.“ „Jedem jungen Menschen (sei; BR) das Recht auf einen Ausbildungsplatz zu garantieren.“ Außerdem sei „eine Stärkung der Berufsvorbereitung in der Sekundarstufe I ebenso nötig wie die Aufwertung von mittleren Schulabschlüssen und Ausbildungsberufen“, denn „gerade die „alten“ Meisterberufe (gehörten; BR) zu unseren Stärken und sollten es auch in Zukunft sein.“ Außerdem will das BSW „mit einem bundesweiten Praktikumskonzept“, dass „(...) Unternehmen und Betriebe in enge Kooperation mit den Schulen kommen.“ Schließlich sollen mit einem „Berufsbildungspakt“ die „Berufsschulen modernisiert und besser ausgestattet werden“ und die „Berufsvorbereitung in der Sekundarstufe I“ solle gestärkt werden“ (BSW 2025, S. 25).

Christlich Demokratische Union/Christlich Soziale Union (CDU/CSU)

Einleitend steht im Kapitel „Politikwechsel für Deutschland“, dass die „Entwicklung der Berufsschulen“ unterstützt werden soll, da es auf „jede Fachkraft“ ankomme. Daher sollen auch die „Teil- und Weiterqualifizierungen“ gefördert werden (CDU/CSU 2025, S. 7). Explizit für den Bereich der Pflege wird angegeben, dass der „Pflegeberuf attraktiver“ gemacht werden soll, in dem es „mehr Planbarkeit und Aufstiegsmöglichkeiten“ gibt (ebd., S. 7). „Menschen in Helfertätigkeiten“ sollen gefördert

werden, um eine „qualifizierte Fachkraft“ zu werden. Dafür sollen auch „Anreize zum Erwerb beruflicher Qualifikationen“ entwickelt werden (ebd. S. 13).

Im Kapitel IV. „Unser Plan für ein Land, das wieder zusammenhält“ wird die „duale Ausbildung“ als ein Faktor des Zusammenhalts genannt (ebd. S. 54). Im Unterkapitel „Ja zu leistungsstarker beruflicher und akademischer Bildung“ wird beschrieben, dass die CDU/CSU „Berufliche und akademische Bildung gezielt stärken“ wolle. Beide seien „gleichwertig“ und böten „jungen Menschen hochattraktive Lebensperspektiven.“ Die duale Ausbildung soll durch die „Entwicklung der Berufsschulen“ vorangebracht werden und „im Bündnis mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Kammern“ soll „die Berufsbildung zukunftsfest“ gemacht werden. „Die Allianz für Aus- und Weiterbildung“ soll fortgeführt werden (ebd. S. 64).

Die „Berufsorientierung“ sei zu fördern. So soll „die Zahl der Jugendlichen (sinken; BR), die weder zur Schule gehen noch eine Ausbildung absolvieren oder einer Beschäftigung nachgehen.“ Notwendig sei „ein strukturierter, individueller Prozess einer Berufsorientierung in allen Schulformen (...)“. Schließlich sollen „sämtliche bestehenden Maßnahmen aufeinander (abgestimmt; BR)“ werden.

Die „Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung“ sei verbindlich zu regeln. Dafür sollen „Bund und Länder (...) den Deutschen Qualifikationsrahmen rechtlich in einem Staatsvertrag verankern.“

„Aus- und Fortbildungsordnungen“ sollen kontinuierlich überprüft und angepasst werden. Schließlich sei „die Digitalisierung der Weiterbildung und der Arbeitsprozesse“ voranzutreiben. Konzepte wie „das Freiwillige Handwerksjahr“ müssten „sich mehr herumsprechen“ und „Geringqualifizierte (fänden; BR) leichter Schritt für Schritt zum Berufsabschluss“. Deshalb sollten „Teil- und Weiterqualifizierungen“ gestärkt und „in weiteren Berufen“ eingeführt werden.

Schließlich solle der „Zugang zum höheren Dienst des Bundes auch für Bachelor-Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung“ möglich sein. So werde „die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes“ sichergestellt und „die Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung“ werde gestärkt (ebd. S. 65).

Im Unterkapitel „Alle Talente in Deutschland bestmöglich fördern“ wird beschrieben, dass mit Blick auf die berufliche Bildung „(...) die Tür zu den Begabtenförderungswerken weiter“ geöffnet werden müsse. So kämen „beruflichen Talenten (...) wertvolle Angebote wie Auslandsaufenthalte, Vernetzungsmöglichkeiten und finanzielle Unterstützung“ zugute. Die „Stipendiansätze“ sollen angehoben werden. Diese seien „ein wichtiges Instrument der Begabtenförderung“ und müssten „in Art und Umfang ausgebaut und möglichst unbürokratisch vergeben werden“ (ebd., S. 66). Schließlich solle das „Aufstiegs-BAföG dem technologischen Wandel“ angepasst werden, denn „gerade im Handwerk (brauche; BR) Deutschland Fachkräfte“. Fachkräfte sollen deshalb „noch stärker in ihren Fortbildungsaktivitäten“ unterstützt werden (ebd. S. 67).

Die Linke⁴

In Kapitel VII. „Arbeit, die zum Leben passt“, im Abschnitt „Fachkräfte sichern mit guten Arbeitsbedingungen“, fordert Die Linke, dass „eine Ausbildungsumlage Ausbildungsbetriebe entlasten muss und Betriebe, die nicht selbst ausbilden, an den Kosten der Ausbildung“ zu beteiligen seien. Außerdem müssten „alle Unternehmen einer Branche zusätzlich in einen Weiterbildungsfonds einzahlen“ (DIE LINKE 2025, S. 27).

Im Kapitel XVI. „Gute Bildung“ im Abschnitt „Ausbilden, sonst wird umgelegt“ stellt Die Linke fest, dass „fast 3 Millionen junge Menschen keinen Abschluss“ hätten und „wer einen Ausbildungsplatz“ suche „oft in Warteschleifen“ festhänge. Gleichzeitig würden „Betriebe über Fachkräftemangel“ klagen,

⁴ Das Wahlprogramm der Partei Die Linke soll am 18.01.2025 beschlossen werden, liegt aber in einer finalen Fassung noch nicht vor. Berücksichtigt wurde hier die Entwurfsfassung vom 09.12.2024.

selber aber „immer seltener selbst ausbilden.“ Schließlich seien „die Hälfte der Auszubildenden (...) überlastet, weil sie den Fachkräftemangel kompensieren (müssten; BR)“ und „die Qualität und (die; BR) Ausbildungsbedingungen (müssten; BR) dringend verbessert werden.“ Die Linke will, dass „bis 2030 (...) 160 000 zusätzliche Lehrkräfte in der beruflichen Bildung eingestellt werden.“

Gefordert wird weiter eine „Solidarische Ausbildungsumlage: Betriebe, die nicht ausbilden, sollen in einen Fonds einzahlen, um Ausbildungsplätze und Verbundausbildungen für andere Betriebe zu finanzieren.“ Auch müssten sich Unternehmen „(...) an der Schaffung von öffentlichen, bezahlbaren Wohnheimen für Auszubildende, insbesondere im ländlichen Raum, finanziell beteiligen.“ Schließlich soll „jede Ausbildung vollqualifizierend und gebührenfrei sein.“ Zu zahlen sei „eine Mindestausbildungsvergütung (80 % (der; BR) durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung der Branchen).“ Des Weiteren seien „nach der Ausbildung (...) alle Azubis unbefristet“ zu übernehmen. „Schulische Ausbildungen (Fachschulausbildungen nach DQR 6) (solle; BR) erhalten bleiben“ und „Auszubildende in dieser Schulform (sollten; BR) für eine 3-jährige Ausbildung grundlegend Aufstiegs-BaföG (AFBG) erhalten (...).“ Schließlich müsse „der BaföG-Satz stetig der Inflation angeglichen“ werden und „Träger dieser Ausbildungsform (sollten; BR) durch die Länder gefördert“ werden. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren soll sicherstellen, „dass alle die gleichen Chancen auf eine Ausbildung haben“ und „das Kriterium der „Ausbildungsreife“ der Arbeitsagentur (müsse; BR) abgeschafft werden.“ Die „berufsvorbereitenden Maßnahmen (sollten; BR) mit einem Angebot für (einen; BR) verbindlichen Ausbildungsplatz enden.“ Auch müsse „das Berufsbildungsgesetz (BVA DiG) reformiert werden, so dass die Verbesserung der Ausbildungsqualität im Mittelpunkt (stehe; BR) und ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.“ Mögliche „Geschlechterspezifischen Unterschiede am Ausbildungsmarkt sollen (auch) durch geschlechtersensible Bildung und die Aufwertung schlecht bezahlter Berufe mit hohem Frauenanteil überwunden werden“ und „politische Bildung, Medienkompetenz und KI-Wissen (sollten; BR) Teil der beruflichen Ausbildung sein.“ Die „Mitwirkung in den Personalvertretungen“ müsse für Auszubildende „garantiert werden.“ Schließlich sei „die Ausbildung in den Berufen, die nicht dual geregelt (sind; BR), also zum Beispiel in allen Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufen“ besser zu finanzieren (ebd., S. 54).

Im Abschnitt „Weiterbildung fördern“ setzt sich Die Linke „für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als Pflicht zur Selbstoptimierung.“ Anzustreben sei ein „allgemeinverbindlicher Tarifvertrag für alle Lehrkräfte in der Weiterbildung.“ Die „Honorarverträge sollten in feste Stellen umgewandelt werden. Freie Dozent*innen (müssten; BR) eine an den Tarif angegliche Vergütung erhalten.“ Auch sollte „für Weiterbildung in allen Bereichen (...) eine gesetzliche Freistellung möglich sein, nicht nur für die berufliche Weiterbildung“ und „Menschen ohne Ausbildung (sollten; BR) verlängerte Umschulungen und erleichterte Externenprüfungen bekommen, damit sie anerkannte Berufsabschlüsse erreichen können“ (ebd., S. 55).

Freie Demokratische Partei (FDP)⁵

Im Kapitel II. „Weltbeste Bildung für selbstbewusste Bürger“, im Unterkapitel c. „Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen stärken“ steht, dass die FDP „mehr junge Menschen für die berufliche Bildung gewinnen“ wolle. Dazu solle „die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung weiterentwickelt“ werden. Das „Potenzial der beruflichen Bildungszentren (soll; BR) besser genutzt (werden; BR) und diese (sollen; BR) zu regionalen Innovations- und Gründerzentren“ ausgebaut werden. Außerdem müssten „die Angebote zur Berufsorientierung, wie z. B. Azubi-Botschafter, Frauen in MINT-Berufen, und Jugendberufsagenturen“ gestärkt werden. Geschaffen werden soll „ein berufliches Orientierungsjahr“, außerdem seien die „SBB-Stipendien sowie Azubi-Stipendien“ auszubauen. Des Weiteren soll „zur

⁵ Das Wahlprogramm der FDP wird voraussichtlich erst nach dem 09.02.2025 final beschlossen. Für dieses Papier wurde daher die von der FDP veröffentlichte Entwurfsfassung berücksichtigt.

Stärkung der internationalen Berufsbildungsmobilität (...) ein Deutscher Beruflicher Austauschdienst (DBAD)“ etabliert werden.

Die FDP will „mehr selbstbestimmte Bildungsmobilität ermöglichen“. Dafür soll „das Aufstiegs-BAföG zielgerichtet“ ausgebaut werden und „die Förderung einer zweiten Fortbildung auf derselben Stufe“ solle ermöglicht werden. Schließlich sei „im öffentlichen Dienst (...) die Anerkennung beruflicher Ausbildungen und praktischer Erfahrungen“ zu verbessern und „die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse“ soll „beschleunigt und durchgehend digitalisiert“ werden (FDP 2025, S. 8).

Lernen ende „nicht mit dem Schul-, Hochschul- oder Berufsabschluss“, vielmehr sei Lernen ein lebenslanger Prozess. Der „Zugang zu kleineren, flexiblen Bildungszertifikaten“ solle erleichtert werden. „Zur Finanzierung von Kursgebühren, bildungsbedingten Auszeiten und Kinderbetreuung“ soll ein „Lebenschancen-BAföG“ eingeführt werden und ein „persönliches Freiraumkonto soll das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglichen“ (ebd., S. 9).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Die SPD stellt in ihrem Wahlprogramm fest, dass „gute Aus- und Weiterbildung die Voraussetzung für gute Arbeit und Fachkräftesicherung (seien; BR)“. Daher werde der „Weg der Ausbildungsgarantie fortgesetzt“ (SPD 2025, S. 10). Außerdem bedarf es einer „früheren Berufsorientierung in den Schulen (...) in enger Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit.“ So solle „die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagenturen“ weiter gestärkt werden. Auch müssten „die Unternehmen (...) ihrer Verantwortung für Ausbildung stärker gerecht werden.“ Daher unterstütze die SPD „das Mittel der Umlagen bzw. Fonds, beispielsweise branchenbezogen, dort wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet“ werde. Unterstützt werde die „berufliche Weiterbildung oder Neuorientierung.“ Damit „die Beschäftigten von heute auch die Kenntnisse und Fähigkeiten für die Arbeit von morgen erwerben können, habe (man; BR) unter anderem mit dem Transformationszuschuss und dem Qualifizierungsgeld die Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit erneuert.“ So erreiche man „den kleinen Handwerksbetrieb oder Dienstleister ebenso wie den DAX-Konzern.“ Es gebe „ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen.“ Auch sollen „Berufsbilder (...) so weiterentwickelt werden, dass die Beschäftigten mit Weiterbildung über den gesamten Lebenslauf hinweg mit neuen Entwicklungen Schritt halten können“ (ebd., S. 10f.).

Die SPD wolle, „dass alle jungen Menschen ihren Ausbildungsweg frei wählen können.“ Es gelte, „das (...) Versprechen vom Aufstieg durch Bildung“ umzusetzen. Man wolle „die Mindestausbildungsvergütung anheben“ und „mit einer Reform des BAföG (...) dafür sorgen, dass die Höhe der Ausbildungsförderung regelmäßig an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird“ (ebd., S. 12). Auch solle „das erfolgreiche Bundesprogramm Junges Wohnen“ fortgesetzt und aufgestockt werden, „um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende zu schaffen.“ Schließlich solle „das duale Studium“ gestärkt und gefördert werden und die „Schutzrechte des Berufsbildungsgesetzes (sollen; BR) auch auf diesen Ausbildungsweg“ ausgeweitet werden“ (ebd., S. 12f.).

3. Fazit

Alle Wahlprogramme haben die berufliche Bildung als Thema, allerdings in sehr unterschiedlicher Detailtiefe. So bleibt das Programm der AfD eher rudimentär. Das Thema Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung wird explizit von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU/CSU behandelt. Das Thema Weiterbildung taucht in den Programmen des Bündnis 90/Die Grünen, der CDU/CSU, der Partei Die Linke, der FDP und der SPD auf. Auch das Thema Berufsorientierung wird nicht in allen Programmen gleich ausführlich behandelt.

4. Literaturverzeichnis

AfD (Hrsg.): Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. Leitantrag der Bundesprogrammkommission. Berlin 2025. URL: [Microsoft Word - Leitantrag Bundestagswahlprogramm 2025 Riesa](#) (Stand: 16.01.2025)

BSW (Hrsg.): Unser Land verdient mehr! Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025. -Entwurf-. Berlin 2025. URL: <https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Wahlprogramm%202025.pdf> (Stand: 17.01.2025)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Hrsg.): Zusammen wachsen. Regierungsprogramm 2025. Entwurf des Bundesvorstands. Berlin 2025. URL: [20241216 BTW25 Programmentwurf DINA4 digital.pdf](#) (Stand: 13.01.2025)

CDU/CSU (Hrsg.): Politikwechsel für Deutschland. Wahlprogramm von CDU und CSU. Berlin 2025. URL: [Unser Wahlprogramm „Politikwechsel für Deutschland“](#) (Stand: 08.01.2025)

DIE LINKE (Hrsg.): Antrag L.1: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025. Berlin 2025. URL: [Anträge](#) (Stand: 16.01.2025)

FDP (Hrsg.): Alles lässt sich ändern. Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025. URL: [fdp-wahlprogramm_2025.pdf](#) (Stand: 13.01.2025)

SPD (Hrsg.): Regierungsprogramm – Beschlussfassung außerordentlicher Bundesparteitag 2025 am 11. Januar 2025. Berlin 2025. URL: [2025 SPD Regierungsprogramm.pdf](#) (Stand: 13.01.2025)

Der Autor

Dr. Bodo Rödel

E-Mail: roedel@bibb.de

ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-3649-0916>

Dr. Bodo Rödel leitet die Stabsstelle „Publikationen und wissenschaftliche Informationsdienste“ im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Diese steuert die Fachpublikationsreihen des BIBB, die Fachzeitschrift „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“ sowie den Aufbau des VET Repository.